

Wolfgang Streeck

## Politische Ökonomie als Soziologie: Kann das gutgehen?\*

In *Gekaufte Zeit* behandle ich die Krise von 2008 nicht als freistehendes Einzelereignis, sondern als Abschnitt oder Stufe einer historischen Sequenz.<sup>1</sup> Dies tue ich nicht, um eine »Erzählung«<sup>2</sup> zu bieten, sondern aufgrund langjähriger Erfahrungen als praktizierender Sozialwissenschaftler, aus denen ich, leider nur *peu-a-peu*, den Schluss gezogen habe, dass man die soziale Welt nur als geschichtlich sich entwickelnde verstehen kann. Ich glaube, dass der für mich durchaus überraschende Erfolg meines Buches<sup>3</sup> auch damit zu tun hat, dass es anders als viele andere Bücher zum Thema den Umstand ernst nimmt, dass die Welt von 2008 älter war als, sagen wir, ein halbes Jahrzehnt.

Die Sequenz, in die ich die globale Finanzkrise der Jahre 2008ff. einordne, besteht aus drei Phasen: der Inflation der 1970er-Jahre, der beginnenden Staatsverschuldung im Jahrzehnt danach, und der zunehmenden Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen, sowohl im industriellen als auch im Finanzsektor, seit Mitte der 1990er-Jahre. Den drei Phasen war gemeinsam, dass jede von ihnen in einer Krise endete, deren Lösung zugleich Ausgangspunkt der nächsten Krise war. Anfang der 1980er-Jahre, als die US-amerikanische Zentralbank durch eine brutale Zinserhöhung die Inflation weltweit beendete, stieg, gewissermaßen als Ausgleich, die Staatsverschuldung; und als diese in ei-

- 1 Ich danke der Redaktion der *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, dass sie für mein Buch nicht weniger als zehn Rezensionen organisiert hat, sowie für die mir freundlicherweise angebotene Möglichkeit, auf diese ausführlich zu antworten. Bescheidenheit gebietet es, die vielen positiven Bemerkungen, zu denen sich meine Rezensenten bereitgefunden haben, unerwähnt zu lassen. Da ich mich deshalb hier ausschließlich mit Kommentaren befasse, die als »kritisch« gelten können, muss ich mich darauf verlassen, dass Leser und Leserin über den Rezensionen und meiner Antwort nicht versäumen, auch das Buch selber zur Hand zu nehmen.
- 2 Ich stehe diesem Begriff, anderes als einige meiner Rezensenten (Büttner, Dörre, Kraemer; inflationär: Weischer), äußerst misstrauisch gegenüber, nicht erst, seitdem er von der Politik neu definiert worden ist, etwa wenn es heißt, bei Merkel wie bei Steinbrück, Steinmeier, Gabriel und anderen, denen man auch bei bestem Willen keine Affinität zu künstlerischer Prosa nachsagen kann, es müsse »für Europa« dringend eine »neue Erzählung« gefunden werden, nachdem die alte nicht mehr ziehe. Bei dieser Art von zweckorientierter Wirklichkeitskonstruktion geht »Erzählung« fließend in Propagandamärchen über.
- 3 Für den ich mich nicht entschuldige, auch wenn sich in den Rezensionen hier und da eine gefestigte Überzeugung bemerkbar macht, dass ein Buch aufhört, Wissenschaft zu sein (und zu »Feuilleton« bzw. als »Verkaufserfolg« zum »Bestseller« wird), wenn von ihm mehr als die branchenüblichen 250 Exemplare in Umlauf kommen.

\* Anmerkung der Redaktion: Zitatangaben in einfachen Klammern beziehen sich entweder auf *Gekaufte Zeit* oder mit entsprechendem Autorennamen auf die Forumsbeiträge in diesem Heft.

ner ersten Konsolidierungswelle Mitte der 1990er-Jahre zurückgeführt wurde, nahm in zahlreichen Ländern die Verschuldung der privaten Haushalte zu, wie in einem System kommunizierender Röhren, und die Finanzwirtschaft expandierte, bis sie 2008 von den Staaten auf Kosten ihrer Bürger gerettet werden musste.<sup>4</sup> Dass allen diesen Entwicklungen ein Verteilungskonflikt zugrunde lag, der sich aus der mit dem Ende des Nachkriegswachstums zunehmenden Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems bzw. der Unwilligkeit seiner Eliten ergab, den Ansprüchen der demokratischen Nachkriegsgesellschaft gerecht zu werden, war nicht meine Entdeckung; die zeitgenössischen politisch-ökonomischen Analysen von Inflation, Staatsverschuldung und Finanzialisierung liefen alle mehr oder weniger auf dasselbe hinaus. Mein Beitrag in dem Buch und den Aufsätzen, die ihm vorausgingen (s. etwa Streeck 2011a), bestand allein darin, die Parallelen und den gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten – und damit, wenn man so will, ein krisentheoretisches Analyseraster vorzuschlagen, das grundsätzlich auch auf die gegenwärtige Entwicklungsphase des globalen Kapitalismus anwendbar sein sollte.

Meinen kritischen Lesern konnte nicht entgehen, dass das Buch den Kapitalismus der OECD-Länder als, wenn auch vielfältige, Einheit behandelt, konstituiert sowohl durch Interdependenz, insbesondere durch Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, als auch durch ihnen gemeinsame interne Konfliktklinien und Integrationsprobleme. Für den einen oder anderen hat dies die Frage aufgeworfen, wie jemand, der in der Vergangenheit die Unterschiede zwischen nationalen kapitalistischen Wirtschaftssystemen untersucht hat, nun auf einmal ihre Gemeinsamkeiten betonen kann. Die Antwort ist zunächst, dass Unterschiede und Gemeinsamkeiten sich nicht ausschließen und man, je nachdem was man wissen will, das eine oder das andere in den Vordergrund rücken kann und muss. Im vorliegenden Fall ergab sich die, wenn man so will, eher holistische Perspektive der Untersuchung darüber hinaus vor allem induktiv: aus dem empirischen Sachverhalt, dass viele der Phänomene, die mit der Krise von 2008 in Zusammenhang standen, und gerade auch die seit den 1970er-Jahren zu beobachtenden Krisen, Ereignissequenzen und Wandlungsprozesse, den Ländern des OECD-Kapitalismus gemeinsam waren. Und zwar in durchaus überraschendem Ausmaß – oft zeitlich verschoben, manchmal in unterschiedlichen, nationalspezifischen Formen, aber unverkennbar von derselben Logik geprägt und denselben Konflikten und Problemen getrieben; man kann dies an den zahlreichen in das Buch aufgenommenen Verlaufsdigrammen überprüfen.

Allerdings war ich auf diesen Umstand nicht unvorbereitet. Bei der Arbeit an einem Buch über längerfristige graduelle Veränderungen in der deutschen politischen Ökonomie (Streeck 2009) hatte ich Gelegenheit, einen komplexen, sektorübergreifenden Wand-

4 Selbstverständlich endet die Sequenz hier nicht; nur ein böswilliger Leser kann anderen den Eindruck zu vermitteln versuchen – selber gewinnen kann er ihn sicher nicht –, dass 2008 für Streeck »eine Art Höhe- und Schlusspunkt« (Ganßmann 88; Hervorhebung WS) gewesen sei. Siehe auch Kraemer 109: »Endspiel«, »Finalismus«. Im Buch ist die Rede von einem »vorläufigen Höhepunkt« (46 sowie 151) bzw. einem »vorläufigen Endpunkt« (225), was ja wohl eine Fortsetzung und sogar Steigerung schon in der wörtlichen Formulierung einschließt. Im Text wird dann ohnehin von einer »nächsten Etappe« gesprochen, die man allerdings nur erst in Umrissen erkennen könne (76ff.; siehe auch 166ff. und passim); mehr dazu findet sich in späteren Texten (Streeck 2013c, 2014).

lungsprozess zu analysieren, der sich mir als Liberalisierungsprozess darstellte, und zwar auch ohne dass ich damals die fundamentale Bedeutung der Finanzialisierung des Kapitalismus, einschließlich des deutschen Kapitalismus, für diesen Vorgang auch nur annähernd verstanden hätte (das Buch ging im Sommer 2008 an den Verlag). Für meine Einschätzung der Reichweite der vergleichenden Kapitalismusforschung war dies deshalb wichtig, weil in der Literatur zum Kapitalismusvergleich Deutschland (zusammen mit Japan) immer als der wichtigste nicht-liberale Gegenpol zum liberalen angloamerikanischen Kapitalismus figuriert hatte.<sup>5</sup> Schon in dem erwähnten Buch gab es deshalb eine dezidierte Kritik der Nicht-Konvergenz-Dogmatik, wie sie insbesondere Hall und Soskice (2001) ab Mitte der 1990er-Jahre entwickelt hatten. Später habe ich diese Position weiterentwickelt und meine neugewonnene Überzeugung noch vor dem Erscheinen von *Gekaufte Zeit* in einer Reihe von Aufsätzen niedergelegt (Streeck 2011b, 2011d, 2012c).<sup>6</sup>

Die Krisensequenz, deren inneren Zusammenhang ich herausgearbeitet zu haben glaube, beginnt in den 1970er-Jahren. Da jede Geschichte eine Vorgeschichte hat, ist jeder Anfang einer Geschichte grundsätzlich offen, ebenso wie ihr Ende. Wer sie beschreiben will, muss sich dennoch für einen Ausgangspunkt entscheiden; irgendwo muss es losgehen, und ein Buch von 1.000 Seiten will keiner lesen. Allerdings sollte man für die Wahl seines Anfangs gute Gründe haben, und möglicherweise hätte ich diese deutlicher machen sollen. Die 1970er-Jahre sind die Zeit, in der die von meinen Kurvenscharen abgebildeten krisenhaften Entwicklungen begannen: Inflation, Staatsverschuldung, Marktverschuldung, strukturelle Arbeitslosigkeit, sinkendes Wachstum, wachsende Ungleichheit, jeweils mit nationalen Abweichungen, aber immer in dieselbe Richtung – manchmal mit Unterbrechungen, auch auf unterschiedlichem Niveau, aber immer als allgemeine Trends erkennbar. Dass es sich bei den siebziger Jahren um einen Wendezeitraum – in den Worten von Rodgers (2011): *an age of fracture* – handelt, ist heute übrigens nicht nur in der politischen Ökonomie (Glyn 2006) fast schon ein Gemeinplatz; siehe das erstaunliche Ausmaß der zeitgeschichtlichen Forschung zu diesem Zeitabschnitt (Black 2009; Cowie 2010; Doering-Manteuffel/Raphael 2008; Ferguson et al. 2010; Jaraus 2008; Judt 2005; Raithel et al. 2009).

Natürlich, wie gesagt, hätte ich auch früher anfangen können,<sup>7</sup> und ebenfalls mit guten Gründen. Vorzüglich geeignet hätten sich die 1930er-Jahre, zumal die Weltwirt-

5 Zu Deutschland und Japan und ihren nationalen politisch-ökonomischen Besonderheiten siehe unter anderem Streeck/Yamamura (2001) sowie Yamamura/Streeck (2003).

6 Insgesamt bin ich im Laufe der Jahre immer mehr davon abgekommen, die institutionellen Besonderheiten des Kapitalismus auf nationaler Ebene für wichtiger zu halten als seine systemischen Gemeinsamkeiten. Dies kann man als Lernprozess auffassen, aber auch als Niederschlag historischen Wandels: von den 1980er-Jahren, als »Modell Deutschland« und »Modell Japan« Hoffnungsträger derjenigen waren, auch und gerade in den USA, die einen sozial modifizierten Kapitalismus nicht nur für möglich, sondern für dem neoliberalen Modell überlegen hielten, zu den 1990er- und 2000er-Jahren, als Japan in Stagnation versank und Deutschland als »kranker Mann Europas« hingestellt werden konnte. Allerdings war ich nie ein VoC-Hardliner gewesen; siehe den Titel meines Aufsatzes von 1997: »German Capitalism: Does It Exist? Can it Survive?« (Streeck 1997). In diesem Text wird die erste Frage positiv, die zweite aber in der Tendenz negativ beantwortet.

7 Nicht aber später, etwa am Ende des Kalten Krieges, wie Büttner vorschlägt. 1989 waren alle meine

schaftskrise bei den politischen Entscheidungsträgern 2008, aber auch schon vorher, spätestens seit der so genannten »erste Ölkrise«, ständig als Alptraum präsent war. Zu dem, was ich gelernt zu haben glaube, gehört ja, dass kapitalistische Wirtschaftsgesellschaften *von innen her* instabil und für die große Mehrzahl ihrer Mitglieder hoch gefährlich werden können, vergleichbar einem nuklearen Reaktor oder auch einem nuklearen Abschreckungssystem mit ihren jederzeit möglichen *normal accidents* (Perrow 1984) – und dass deshalb das Sicherheitsgefühl, mit dem die meisten Menschen heute durch den Alltagskapitalismus laufen und das von Politik und »Wirtschaft« unermüdlich kultiviert wird, fundamental unangebracht ist. Die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lehrt das besser als die der zweiten, weil letztere die Ausnahmejahre<sup>8</sup> der *Trente Glorieuses*, des *Golden Age* oder auch des Wirtschaftswunders einschließt, von der Weltsicht und Lebensgefühl immer noch geprägt werden, auch wenn das, was seit den 1970er-Jahren geschehen ist und – ich betone: *vorläufig* – in der Krise von 2008 kulminierte, eigentlich nur bedeuten kann, dass diese Ausnahmezeit genau eine solche war, also mit ihrer Wiederkehr grundsätzlich nicht zu rechnen ist.

Nach Lektüre der mir von der *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* gewidmeten Rezensionen ist mir des Weiteren klar geworden, dass meine Entscheidung, die unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnte außen bzw. vorne vor zu lassen, einen erheblichen Spielraum für Missverständnisse, auch durchaus böswilliger Art, eröffnet hat, den ich vielleicht doch irgendwie hätte zusperren sollen. Dass die angloamerikanische Rede vom »goldenen Zeitalter« immer mit einem ironisch-skeptischen Unterton daherkommt, kann nicht jeder wissen – was jemanden wie mich, der sie wie selbstverständlich mit demselben Unterton verwendet, der Gefahr aussetzt, als »Nostalgiker« denunziert zu werden.<sup>9</sup> Eigentlich hatte ich gedacht, dass ich das, was zu den Jahren zwischen dem Ende des Krieges

Kurvenverläufe längst auf dem Weg, und in meinem Buch von 2009 hatte ich gezeigt, dass die Transformation des »deutschen Modells« eben gerade nicht erst mit der Wiedervereinigung einsetzte. Auch war der real existierende Kommunismus schon lange vor 1989 sichtbar bankrott (Polen, die DDR!), und im Westen war er als real existierende Möglichkeit längst eliminiert (Chile 1973 sowie das Ende des Eurokommunismus mit der Ermordung Aldo Moros 1978).

8 Siehe hierzu nun auch Piketty (2014).

9 Eben dieser rhetorischen Figur bedienen sich Habermas (2013) und Deutschmann, zusammen mit einigen anderen, wenn es etwa um die von mir (und weiß Gott nicht nur von mir) aufgeworfene Frage geht, ob die Europäische Kommission oder gar die Europäische Zentralbank unter den Bedingungen des aktuellen Demokratienotstands tatsächlich besser geeignet ist als die nationalen Parlamente (und als das nationale Streik- und Demonstrationsrecht, welches das einzige ist, das wir haben), die demokratischen Rechte der europäischen Völker zu verteidigen. Zu dem, was mir in diesem Zusammenhang zu Deutschmann einfällt, gehört die von meinem Lateinlehrer gerne und immer wieder verwendete lateinische Spruchweisheit *quod licet jovi, non licet bovi*. Aber auch Jupiter könnte wissen, dass Nostalgie eine von der Psychiatrie des 18. Jahrhunderts als solche diagnostizierte Geisteskrankheit ist – und dass der nicht-medizinische Sprachgebrauch, siehe Wikipedia (zuletzt aufgerufen am 17.03.2014; WS), immerhin »eine wehmütige Hinwendung zu vergangenen Zeiten, die in der Erinnerung oftmals stark idealisiert und verklärt reflektiert werden«, sowie ein »Hinterhertrauern der guten alten Zeit, in der angeblich alles viel schöner und besser war als in der Gegenwart« bezeichnet. Mehr ad personam geht ja wohl kaum; und man staunt über das, was alles als »Diskursethik« durchgehen kann.

und dem *age of fracture* als Hintergrund meiner Rekonstruktion der Jahrzehnte nach dem Bruch zu sagen war, mindestens implizit auch gesagt habe: dass es sich um eine Epoche handelte, in der vor allem infolge des Krieges die Machtverhältnisse zwischen den Klassen ausgeglichen waren wie niemals vorher im Kapitalismus (und, wie wir nun wissen, auch niemals nachher), was sich unter anderem in der seinerzeit weithin geteilten Vorstellung niederschlug, dass es Kapitalismus als paktierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur dann geben kann, wenn er in Form gesellschaftlichen Fortschritts auch dem kleinen Mann und der kleinen Frau zugute kommt; dass er, wenn es ihn denn geben soll oder muss, »liefern« muss: nämlich gesicherte Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, mehr Autonomie in der Arbeit und mehr Zeit außerhalb derselben, die Abschaffung der Armut ebenso wie der zyklischen Wirtschaftskrisen usw. usf. Natürlich war das alles damals nicht allgemein gefestigte Wirklichkeit, weit entfernt davon. Aber es bestand doch, bis tief hinein in das konservative Lager, die grundsätzlich unangefochtene Vorstellung, dass sozialer Fortschritt eine Bringschuld der politischen und wirtschaftlichen Eliten sei, nicht notwendig auf einmal fällig, aber doch laufend von Jahr zu Jahr, abzuleisten, wenn nötig unter Nachhilfe durch starke Gewerkschaften und politische Mobilisierung im Rahmen demokratischer Institutionen und mittels einer Wirtschaftspolitik, die Wachstum durch Umverteilung von oben nach unten und nicht von unten nach oben zu erreichen suchte und angesichts der politischen Umstände auch gar nicht anders suchen konnte.

Ist das alles, was zu den »Gloriosen Dreißig« zu sagen ist? Selbstverständlich nicht; aber mein Thema waren ja auch nicht die fünfziger und sechziger Jahre, sondern die Krisen, die ihnen folgten.<sup>10</sup> In meinem Buch nehme ich mir die Freiheit, deren Abfolge als das zu beschreiben, was sie nach meinem empirisch gewonnenen Eindruck insgesamt war, nämlich eine Verlust- und Niederlagengeschichte für diejenigen, die auf einen interventionsfähigen Wohlfahrtsstaat angewiesen sind.<sup>11</sup> Dabei verweigere ich mich einem Konformitätsdruck, der danach verlangt, in der Zunahme von Prekarität, Arbeitszeit und Wettbewerb bei gleichzeitiger Abkopplung der Einkommen vom Produktivitätsfortschritt und rapide wachsender Ungleichheit sowie dem Übergang zu einer Wirtschaftspolitik, die im genauen Gegenteil zur Nachkriegszeit auf Umverteilung von unten nach oben als Wachstumsmotor setzt,<sup>12</sup> doch auch »das Positive« zu erkennen und jedenfalls

10 Büttner – und andere, die auf ähnliche Lesefrüchte gestoßen sein wollen – möchte ich fragen, wo genau ich in diesem Kontext eine »vermeintliche Idylle der nationalstaatlich verfassten Nachkriegsordnung allzu stereotyp-idyllisch gezeichnet« (Büttner 64) habe. Ich wäre auf Seitenangaben gespannt.

11 Einige meiner Rezensenten, allen voran Dörre, merken an, dass es doch wohl auch Gegenbewegungen gegeben haben müsse. Recht haben sie – auch wenn es etwas befremdlich ist, wenn einem Selbstverständliches (siehe die letzten Kapitel in Streeck 2009) mit soviel rhetorischem Aufwand entgegengehalten wird. Worauf es für meine Geschichte ankommt, ist aber, dass sie, bis jetzt jedenfalls, den Kampf im Wesentlichen verloren haben. Siehe im Übrigen 215–223 sowie vor allem 238ff.

12 Das und nichts anderes ist es, was ich als »Hayekianismus« bezeichne, im Unterschied zum Keynesianismus, der ihm vorausging und den er abgelöst hat. Ich finde manches in Hayeks Werk bewundernswert, sogar genial, so etwa die Explikation des Prinzips der verteilten Intelligenz sowie, hier einschlägiger, die kalte Gedankenschärfe, mit der Hayek die politisch-ökonomischen Konsequenzen

den Gesellschaftsvertrag, unter dem der Kapitalismus nach 1945 neu anfangen durfte, sowie die Aspirationen der kleinen Leute und die politischen Fortschrittsprojekte, die er hervorgebracht und deren Hervorbringung er ermutigt hat, defätistisch als unrealistisch oder kulturell altmodisch abzutun und lächerlich zu machen – oder sie gar, wie ein anderer meiner Rezensenten (Weischer 139), in stolz zur Schau gestellter Überanpassung an den neoliberalen Zeitgeist als »Hybris« zu deklarieren (immerhin in einer »Zeitschrift für Theoretische Soziologie«!). Zum politischen Subtext der Verdrängung und Denunziation der sozialdemokratischen Vergangenheit des demokratischen Kapitalismus hat im Übrigen der britische Historiker Tony Judt (2009) in einem seiner letzten Vorträge alles Erforderliche gesagt.

Noch einmal, ich lokalisiere den Epochenbruch in der politischen Ökonomie der kapitalistischen Demokratien in den 1970er-Jahren. Was damals begann, beschreibe ich als »neoliberale Revolution«, man könnte auch sagen: als Restauration der Ökonomie als gesellschaftliche Zwangsgewalt, freilich nicht für alle, sondern nur für die allermeisten, bei gleichzeitiger Befreiung der sehr wenigen von politischen Zwängen. Statt den Vorgang zu verdinglichen – ihn als von objektiven »Bewegungsgesetzen«<sup>13</sup> getrieben darzustellen, wie von einem meiner Rezensenten zu meiner Verblüffung gefordert<sup>14</sup> und von einem anderen (Bach) unterstellt<sup>15</sup>, oder auch als Ausdruck ewiger standardökonomischer Gesetzmäßigkeiten (so lese ich Maurer) – behandle ich ihn als *Verteilungskonflikt* zwischen – *sit venia verbo!* – Klassen. Dabei erlaube ich mir, die Klassenstruktur für den vorliegenden Zweck vereinfachend, aber doch auf durchaus ehrwürdige Weise, anhand der über-

einer Föderation nach Art der Europäischen Union so früh beschrieben hat (siehe 141ff. in *Gekaufte Zeit*). Wenn ich allerdings von einer Hayekianischen Wirtschaftsordnung spreche, dann meine ich Hayeks mir moralisch unerträglichen, schnarrend hochnäsigen, weit in die Theorie hineinreichenden Elitismus (mit seiner ausgeprägten Verachtung für die kleinen Leute, wie sie in seinem gehässigen Heruntermachen des Begriffs der »sozialen Gerechtigkeit« und seiner Demokratietheorie zum Ausdruck kommt) und seine spezifische Rezeptur für einen lebensfähigen Kapitalismus: Vorrang für »freie« Märkte, Absicherung wirtschaftspolitischer Institutionen gegen plebejische Interventionswünsche, Bürgerfreiheit durch autoritäre Unterdrückung von Gewerkschafts- und politischer Organisationsfreiheit usw. Dabei ist mir bewusst, dass Hayeks Wunsch, auf den mich Deutschmann so freundlich wie unnötigerweise hinweist, aus Misstrauen gegen jegliche Art staatlicher Politik auch noch das Geld zu privatisieren (Hayek 1978, 1979), nicht zum Tragen gekommen ist. Allerdings halte ich daran fest, dass die Europäische Währungsunion, auch was ihre Geldordnung angeht, mindestens insofern Hayek'schen Intentionen entspricht, als sie das Geld zwar nicht privatisiert, es dennoch aber aus dem Zugriffsbereich demokratischer Politik herausgenommen hat.

13 Bzw. einer »monolithischen Kapitallogik« (Vormbusch 135)!

14 Siehe Ganßmann (100), der mir vorhält, bei dem von mir beschriebenen Verlauf handele es sich um »einen politisch ökonomischen Prozess, der durch allen institutionellen Wandel hindurch von Systemimperativen geleitet wird, oder der – wie man [?, WS] einmal gesagt hat – subjektlos ist«. Meine Analyse helfe, diesen Sachverhalt zu verschleiern.

15 Siehe auch Dörre (79), der zu meinem Entsetzen behauptet, »in dieser [von mir beschriebenen; WS] Gesellschaftsformation gelten ökonomische »Gesetze« wie das vom tendenziellen Fall der Profitrate« – und das ist nur eine der zahlreichen unfassbaren Entstellungen, die er seinen Lesern und mir zumutet. Ich vermute, der zitierte Unsinn bezieht sich auf eine Fußnote auf Seite 15, die ziemlich genau das Gegenteil von dem sagt, was Dörre in sie hineinzulesen versucht.

wiegenden Einkommensarten zu definieren, also sie grundsätzlich in »Lohn«- und »Profitabhängige« (48) aufzugliedern, durchaus unter Berücksichtigung des Umstands, *pace* Büttner, dass eine zahlenmäßig nicht geringe Mittelschicht beiden Lagern angehören kann, allerdings überwiegend mehr dem ersteren als dem letzteren (siehe Fußnote 24 auf Seite 48 sowie, in etwas anderem Zusammenhang: 129). Dass ich dafür irgendwann Rechenschaft würde ablegen müssen, war mir klar; aber ich wollte und konnte kein Buch über Klassentheorie schreiben, und auf brauchbare Vorarbeiten etwa aus der deutschen »theoretischen Soziologie« konnte ich mich nicht stützen – da es hier um ernste Dinge geht, war mit »Erlebnisgesellschaften« und dergleichen Spezialitäten nichts anzufangen. Meine Lösung war, mit den einschlägigen Konzepten so vorsichtig wie möglich umzugehen, wobei ich Kennern der Materie durch Bezug auf Kaleckis politische Konjunkturtheorie immerhin andeuten wollte, was mir vor allem vorschwebte: nämlich eine Abbildung von Ökonomie als Politik (im Gegensatz zur standardökonomischen Institutionentheorie, die Politik als Ökonomie abbildet) und von Krisen als (Folge von) Verteilungskonflikten, jedenfalls der Krisen, die im Buch behandelt werden.

Wie gesagt, so etwas macht man nicht ohne Risiko. Mir ging es vor allem darum, der Public-Choice-Erzählung (hier ist der Begriff einmal angebracht) von den übermütigen Massen, deren ruchlose Forderungen nach immer mehr »die Wirtschaft« aus ihrem an sich normalen Gleichgewicht gebracht haben, eine realistischere Rekonstruktion der Ereignisse gegenüberzustellen, der zufolge es nicht die Lohn-, sondern die Profitabhängigen waren, die den demokratischen Sozialkapitalismus der Nachkriegszeit verraten und verkauft haben, weil er ihnen zu teuer geworden war.<sup>16</sup> Dabei stelle ich der internationalen Streikwelle von 1968-69 einen Kalecki'schen »Investitionsstreik« in den 1970er-Jahren gegenüber, von dem ich behaupte, dass er sehr viel wirkungsvoller war als alles, was Gewerkschaften und »Lohnabhängige« selbst damals in ihrem Arsenal hatten. Besonders ausgeführt habe ich das nicht; schließlich bin ich kein Historiker. Das macht Ganßmanns Frage, wie man sich eigentlich so etwas wie strategisch koordiniertes Konflikthandeln von Unternehmen und Unternehmern unter Wettbewerbsbedingungen vorstellen soll, keineswegs illegitim; ich habe über Wirtschaftsverbände gearbeitet und weiß, welche

16 Währenddessen die »Lohnabhängigen«, ganz anders als von der kritischen Krisentheorie erwartet und erhofft, mehr oder weniger bereitwillig dazu beitrugen, »das System« zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang verweise ich in meinem Buch auf den in den 1970er-Jahren erst richtig einsetzenden Konsumerismus und auf die enorme Ausweitung des Arbeitsangebots durch die nach 1970 rasch zunehmende weibliche Erwerbstätigkeit, sowie auf die erstaunlichen Disziplinierungseffekte sowohl der verschärften Konkurrenz um »Karriere« einschließlich Konsumchancen als auch einer (neoprotestantischen?) Arbeits- und Erwerbsmoral, um den Preis einer seinerzeit völlig unvorstellbaren Durchrationalisierung der Familien- und Lebenswelt. Einer meiner Rezensenten (Weischer 144) findet meinen Hinweis darauf irgendwie unangemessen und als solchen sogar »erschreckend«; ein anderer (Büttner 59) meint, dass ich mir das, was er als frauenfeindliche Polemik zu lesen scheint (vermutlich 42ff.), »einfach hätte sparen können«. Auch Denkverbote scheinen heute als »theoretische Soziologie« durchzugehen. Statt mich damit weiter zu befassen, verweise ich zum Sachverhalt auf die vorzüglichen Arbeiten von Jürgens (etwa 2010), lasse die ausgesprochen breite und hochinteressante einschlägige amerikanische Literatur unerwähnt und beschränke mich auf eine kurze Annonce meiner eigenen, ausführlicheren Überlegungen zum Thema (Streck 2011e).

Nüsse da zu knacken sind (und welche die Verbände knacken müssen, um ihre Mitglieder auf Linie zu bringen)<sup>17</sup>. Trotzdem schaffen sie es, *kollektives Handeln* als über Think Tanks, öffentliche Erklärungen, Konferenzen, Prognosen von Forschungsinstituten, Verlautbarungen von internationalen Organisationen, Rating-Agenturen und Anwalts- und PR-Firmen u. dgl. *abgestimmtes individuelles Handeln* zu organisieren, ein System, das beginnend in den 1970er-Jahren in allen westlichen Ländern ausgebaut und verfeinert wurde, national wie international, mit dem Ziel, Konkurrenz zwischen Unternehmen durch Standortkonkurrenz um Unternehmen abzulösen. Dies war die Zeit, als sich die Beschwerden »der Wirtschaft« über »Überbeschäftigung«, rigide Arbeitsmärkte, zu hohe Löhne, zu niedrige Gewinne (»profit squeeze«), Überregulierung usw. häuften und eine intensiviertere Lobbytätigkeit öffentliche wie geheime Aufforderungen an die Politik richtete, im Namen einer Wiederbelebung des Wachstums endlich etwas für »die Wirtschaft« zu tun.<sup>18</sup>

*Gekaufte Zeit* zeigt, wie in der Abfolge von Inflation, Staatsverschuldung und Aufblähung der privaten Finanzmärkte das Wachstum in den reifen kapitalistischen Ländern seit den 1970er-Jahren immer weniger wurde, die Ungleichheit der Verteilung zunahm und die Gesamtverschuldung kontinuierlich stieg. Zugleich ging die Wahlbeteiligung langfristig zurück, Gewerkschaften (und politische Parteien) verloren rapide an Mitgliedern und Macht, und Streiks verschwanden fast ganz (Schäfer/Streeck 2013). In meinem Buch arbeite ich heraus, wie sich parallel dazu die Arena des verteilungspolitischen Konflikts allmählich vom *Arbeitsmarkt* in der Phase der *Inflation* auf die *Sozialpolitik* in der Zeit der *Staatsverschuldung*, die *privaten Finanzmärkte* in der Ära der *Finanzialisierung* und die *internationale Finanzdiplomatie* nach der Krise nach 2008 verlagerte: also in immer abstraktere, der Lebenserfahrung der meisten Menschen immer entferntere und dem Zugriff demokratischer Politik immer entrücktere Handlungsräume.<sup>19</sup> Hier besteht

17 Nur als Hinweis, damit nicht neue Unvollständigkeitskritiken aufschießen: deren Problem bestand und besteht darin, kollektive Handlungskapazitäten aufzubauen, ohne als Folge in korporatistische Verpflichtungsprozesse eingebunden bzw. daran gehindert zu werden, sich aus ihnen zu lösen.

18 Hierauf sollte man doch verweisen dürfen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, von jemandem wie Bach (43) verdächtigt zu werden, die Ereignisse diesseits der Wasserscheide der siebziger Jahre durch einen »geheim[e]n Masterplan des internationalen Groß- und Finanzkapitals« erklären zu wollen. Siehe auch Büttner (62), der gefunden zu haben glaubt, mir zufolge werde »die Welt [...] von einem kleinen Netzwerk« beherrscht. Als ein Beispiel unter vielen für die Radikalisierung der profitabhängigen Klassen in den 1970er-Jahren siehe das berühmte-berühmte »Powell-Memorandum« von 1971, »Attack on American Free Enterprise System« (<http://law.wlu.edu/powellarchives/page.asp?pageid=1251> (zuletzt aufgerufen am 17.03.2014)). Zum Verhältnis von »Wirtschaft« und staatlicher Macht heute, und insbesondere zu Art und Wirkung kollektiven »profitabhängigen« Handelns siehe den kürzlich erschienenen Bericht in der New York Times über einen Besuch von »nearly 40 chiefs of some of the world's biggest multinational companies and investment funds« bei einem nun doch »reformbereiten« französischen Staatspräsidenten (Alderman 2014).

19 Heute sind (s.u.) die im Zuge der neoliberalen Revolution überall in die »Unabhängigkeit« entlassenen Zentralbanken dabei, an die Stelle der Gipfeltreffen zu treten – Organisationen mit streng abgeschirmtem Arkanbereich, die politisch überhaupt nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können und noch weit geheimnisvoller und undurchschaubarer funktionieren als zwischenstaatliche Diplomatie.



eine der Querverbindungen, die ich zwischen der Entwicklung des Kapitalismus und der neoliberalen Transformation der Demokratie herzustellen versucht habe. Eine andere ergibt sich aus einem weiteren historischen Dreischritt, dem vom Steuer- zum Schulden- und dann zum Konsolidierungsstaat. Hier schließt meine Analyse an die Tradition der Finanzsoziologie und die in den 1970er-Jahren aufgekommene Vorahnung einer bevorstehenden Finanzkrise des Staates (Bell 1976; O'Connor 1973) an. Auch dabei verfare ich vornehmlich induktiv, ausgehend von tatsächlichen, über knapp vier Jahrzehnte in den Ländern des OECD-Kapitalismus zu beobachtenden Entwicklungen. Verteilungs- und, wenn das Wort in der »theoretischen Soziologie« von heute noch Verwendung finden darf, klassenpolitisch interessant ist an diesen unter anderem, wie stark die Besteuerbarkeit der profitabhängigen Klassen und Organisationen seit längerer Zeit zurückgegangen ist und wie die fiskalischen Defizite, die hieraus sowie aus dem Rückgang des Wachstums und der zunehmenden Belastung der Sozialkassen – jedenfalls bis zu deren »Reform« in den 1990er- und 2000er-Jahren – entstanden, politisch genutzt wurden, um den Abbau der Sozialstaatlichkeit des Nachkriegskapitalismus immer weiter voranzutreiben. Kapitalismustheoretisch schlage ich im selben Kontext vor, dass möglicherweise der kollektive Vor- und Nachsorgebedarf entwickelter kapitalistischer Gesellschaften mit dem possessiven Individualismus, von dem sie angetrieben und beherrscht werden, zunehmend unvereinbar wird, was eine interessante zeitgemäße Version der Marx'schen Denkfigur eines sich mit der Zeit verschärfenden Konflikts zwischen der materiellen Vergesellschaftung der *Produktionsweise* und auf Privatbesitz gegründeten *Produktionsverhältnissen* sein könnte. Leider ist niemand darauf eingegangen.

In eben diesen Zusammenhang gehört nun auch meine, ausdrücklich als »stilisiertes Modell« (118) eingeführte Unterscheidung zwischen »Staats«- und »Marktvolk«. Gedacht war sie als Provokation für die Demokratietheorie, die noch immer so tut, als finanziere sich der Staat im gegenwärtigen Kapitalismus allein durch seine Steuerbürger, wobei ich die aus der von mir vorgeschlagenen Unterscheidung bezogenen, thesenhaft vorgetragenen Vermutungen (124ff.) explizit als »Beobachtungen« auf einem »unterentwickelten Forschungsstand« kennzeichne. Anstatt diese nun aber auf ihre Fruchtbarkeit hin zu untersuchen, hält Büttner mir vor, dass es Bürger gibt, die beiden »Völkern« zugleich angehören, *so als hätte ich das nicht gesagt*. Ich habe es aber gesagt, und zwar auf Seite 129.<sup>20</sup> Ein anderer Rezensent (Lessenich) zitiert ausgerechnet den ehemaligen SED-Philosoph und Stasi-IM Michael Brie, der in meine, ich wiederhole: *analytische*, Unterscheidung eben die sowjet-orthodoxe Klassentheorie hineinliest – »zwei ›Völker‹ [...], die sich feindlich gegenüberstehen wie im orthodoxen Marxismus Arbeit und Kapital«

20 Allerdings ohne mich auf die absurde These einzulassen, dass »wir« es sind, also die »bürgerliche« Mittelschicht, die die Finanzialisierung und ihre Krisen »antreiben« (Vormbusch 136 nach Deutschmann). Es gibt vor allem in Deutschland einen ausgeprägten (protestantischen?) Hang zu selbstgefälliger Selbstbeichtigung, besonders wenn sie allgemein genug bleiben kann. Den »ein Prozent« Oligarchen, die in der Ära des Neoliberalismus die Welt abgezockt haben und weiter abzocken, kann das nur recht sein. Vormbusch (136; Hervorhebung WS) sagt immerhin: »mit antreiben«, durch unsere Gier nach »Optionen«. Das könnte ich im Prinzip unterschreiben, wenn ich auch lieber von Konsum rede und auf *blaming the victim* verzichte: siehe 41f. bzw. Streck 2012a.

(Brie nach Lessenich 119) –, die er bis 1989 enthusiastisch zu vertreten hatte und von der er sich deshalb anscheinend auch bei unpassender Gelegenheit unter heftigen Bekundungen des Abscheus distanzieren zu müssen glaubt. Ich habe solche Probleme aber nicht und kann deshalb unbefangen versuchen, der Spannung zwischen Bürgerrecht und Wirtschaftsrecht, wie sie im Schuldenstaat des gegenwärtigen Kapitalismus zu beobachten ist, wenigstens annäherungsweise begrifflichen Ausdruck zu geben (siehe das Schaubild auf Seite 121).

Ähnlich verhält es sich mit meiner Unterscheidung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktgerechtigkeit (91-97 und passim) – eine analytische Konstruktion, die von mir ausdrücklich als solche eingeführt wird und mit der ich mich eigentlich auf gut gesicherten Pfaden wähnte. Demokratische Politik im Kapitalismus steht normalerweise unter Druck, Marktergebnisse egalitär zu korrigieren (zu »verzerren«), weil Märkte *cum grano salis* dazu tendieren, die Verteilung ihrer Früchte immer ungleicher werden zu lassen (siehe dazu jetzt auch Piketty 2014). Wer nur eine sich nach Maßgabe der Grenzproduktivität ergebende, »effiziente« Verteilung für »gerecht« hält (u.a. eben v. Hayek, aber bei weitem nicht nur er), vielleicht auch, weil sie ihn zufälligerweise begünstigt, wird für einen verteilungspolitisch neutralisierten Staat eintreten, der die Märkte »zu ihrem Recht kommen lässt«; andere werden Marktergebnisse »sozial« berichtigen wollen. Die normativen und politischen Schwierigkeiten, die sich mit einem Begriff wie »soziale Gerechtigkeit« verbinden, werden von mir ausdrücklich erwähnt; sie hindern aber bekanntlich niemanden daran, sich in der Praxis auf ihn zu berufen – oder auch im Sinne einer »saubereren Lösung« das Gerechtigkeitsproblem über ein System sich frei bildender relativer Preise zu lösen zu versuchen.

Wirtschaft als Krisensequenz und Politik des »Marktkampfs« (Weber) in historischer Zeit, empirisch rekonstruiert, fokussierend auf strategisches Handeln und Verteilungskonflikte in expandierenden kapitalistischen Märkten statt auf »Bewegungsgesetze«, unter Beachtung der sich entwickelnden Wechselbeziehung zwischen Klassen- und Interessenlagen einerseits und organisierten Gruppen und politischen Institutionen andererseits sowie unter besonderer Berücksichtigung der finanziellen Reproduktionsprobleme des Staates – ich sehe darin einen zeitgemäßen, wenn auch selbstverständlich entwicklungsbedürftigen Versuch einer an die klassischen Kapitalismustheorien, vom Marxismus bis zur Historischen Schule, selektiv und manchmal eklektizistisch<sup>21</sup> anschließenden *politischen Ökonomie*. Aber ist das auch Soziologie? Natürlich nicht, dekretiert Maurizio Bach (44), denn seit Luhmann gehöre es ja zum »Kanon der heutigen Soziologie«, dass in modernen, strukturell differenzierten Gesellschaften keines ihrer Subsysteme »über eine privilegierte Stellung« verfügt, aus der heraus es ihm möglich ist, »gesamtgesellschaftliche Prozesse zu steuern«: im Licht der Luhmann'schen »soziologischen Aufklärung« (s.u.) sind alle Subsysteme gleich grau. Hier freilich regt sich schon unter den Rezensenten Widerspruch: Kraemer verweist auf einen kürzlichen Artikel von Torsten Strulik, in

21 Dörre, mit einem überraschend ausgeprägten Gefühl für intellektuelles Privateigentum, nennt das »geborgt«. Undenkbar für einen selbständigen Theoriebesitzer. Ich meinerseits stehe gerne »on the shoulders of giants« (Merton); man sieht da mehr.

dem Luhmanns (und Bachs) kanonische Wahrheit überzeugend bezweifelt wird (Strulik 2012).<sup>22</sup> Was mich angeht, so haben mich die Ereignisse von 2008 in meiner schon lange gehegten, zugegebenermaßen etwas »zugespitzten« (ebenfalls s.u.) Auffassung bestätigt, dass Luhmanns funktionalistischer Relativismus, wo er außerhalb der Kleingruppe fast ausschließlich deutscher Luhmann-Exegeten<sup>23</sup> überhaupt zur Kenntnis genommen wird, für die Soziologie ein Desaster war und ist, weil er suggeriert, dass für eine Theorie der Entwicklung moderner Gesellschaften alle Wirklichkeitsbereiche gleich wichtig sind. In der Praxis hat dies weiten Teilen der Soziologie in Deutschland ermöglicht, sich als Disziplin ein striktes Irrelevanz- und damit Langweiligkeitsgebot aufzuerlegen und durch dessen Einhaltung den finanzierungsschädlichen Verdacht aus den 1970er- und 1980er-Jahren auszuräumen, es handle sich bei ihr um so etwas wie »kritische Theorie« oder gar den Versuch einer aufklärenden Erhellung von Markt-, Macht- und Verteilungsverhältnissen im gegenwärtigen Kapitalismus.

Ein Großteil des von einigen Rezensenten geäußerten Unbehagens an meinem Versuch, politische Ökonomie in die Soziologie zurückzubringen, drückt sich in Unvollständigkeitskritik der einen oder anderen Art aus. Das von mir gezeichnete Bild sei zu »zugespitzt« (so wieder und wieder Büttner) und nicht »differenziert« genug<sup>24</sup>, heißt es, und Themen, die auch noch hätten behandelt werden müssen, tauchten nicht auf (wobei es sich meist um solche zu handeln scheint, über die der jeweilige Rezensent grade arbeitet). Ich halte dagegen, dass manches, dessen Fehlen beanstandet wird, lediglich aus Platzmangel fehlt und ohne weiteres an meine Analyse angedockt werden könnte (zum Beispiel der Hinweis auf die repressive Seite der zeitgenössischen Demokratie). Ich bestehe aber auch darauf, *dass man in einem Bild, in dem nichts fehlt, nichts erkennen kann*. Nicht alles ist für alle Zwecke gleich wichtig, und man kann durchaus vor lauter Bäumen den Wald übersehen. Wenn ich das Zusammenspiel von Staaten, internationalen Organisationen und Finanzunternehmen vor, während und nach der Krise von 2008 verstehen will, muss ich, *pace* Vormbusch (135), nicht auch noch auf den »leibgebundenen [??; WS] [...], objekt- und darstellungsabhängigen [??; WS] [...], leitbild- und stilgebundenen

22 Ich nenne darüber hinaus die nach meiner Meinung noch wichtigeren, in letzter Zeit entstandenen einschlägigen Arbeiten von Uwe Schimank (etwa 2011, 2012), unzweifelhaft ein »theoretischer Soziologe«, noch dazu aus Bielefeld, in denen von der systemischen Zentralität der Wirtschaft und des Geldes in modernen Gesellschaften die Rede ist – und was wäre heute kapitalistischer als Wirtschaft und Geld?

23 In den USA jedenfalls gibt es solche überhaupt nicht. Dies liegt nicht nur, wie manche Luhmannianer uns glauben machen wollen, an der Unübersetzbarkeit der Luhmann'schen Kerntexte (einer sprachlichen Hermetik, die man bei Leuten wie Heidegger oder Gehlen nicht zu Unrecht als Symptom für tieferliegende Defizite ansieht), sondern auch daran, dass man in den Vereinigten Staaten mit einer soziologischen Theorie, die etwa darauf hinausläuft, dass das von corporate money und Finanzmacht geradezu durchtränkte amerikanische politische System gewissermaßen auf eigene Rechnung und »nach Maßgabe systemeigener Rationalitätskriterien« (Bach 45) funktioniert, nur auf ungläubigstes Erstaunen stoßen kann.

24 Weischer (139) zufolge habe ich mich nicht ausreichend »der Mühsal der wissenschaftlichen Differenzierung« unterzogen, »bei der man stets mit Uneindeutigkeiten, Ambivalenzen, Widersprüchlichkeiten und gegenläufigen Trends konfrontiert ist«.

Charakter [...] von (Finanz-)Märkten sowie insgesamt auf ihre Kultur« eingehen. Die Leiblichkeit der Bonusmaximierer in den *trading rooms* ist für mein Thema ebenso nebensächlich wie die der Automobilarbeiter für das Verständnis der Bedeutung der Autoindustrie für die deutsche Wirtschaftsstruktur. Und soll ich wirklich, um ein weiteres Beispiel aufzugreifen, Kapital- und Investitionstheorie mit Hilfe irgendwelcher »capital asset pricing-Modelle« betreiben müssen (so ebenfalls Vormbusch 134), um exakt berechnen zu können, was ich den »Reservationsgewinn« genannt habe? Mehr Theorie kann sicher nie schaden. Aber ich behaupte ja doch, dass der Punkt, an dem »die Wirtschaft« wieder zu »brummen« anfängt, wenn überhaupt, sich gerade nicht berechnen, sondern nur aushandeln lässt, und berufe mich dabei auf die zutiefst Keynes'sche und Kalecki'sche Einsicht – und, vor allem, die ihr entsprechenden Handlungsmaximen der praktischen Wirtschaftspolitik in der wirklichen Welt –, dass es am Ende des Tages immer »die Psychologie« sein soll, die den Unterschied macht.<sup>25</sup> Wenn es eine Investitionstheorie gäbe, die dem entgegensteht, wäre ein Verweis auf sie hilfreich gewesen.

Was hätte besser sein können in *Gekaufte Zeit*, da gebe ich Ganßmann recht, ist vor allem die Behandlung des Geldes, begrifflich und empirisch. Ich habe nach der Lektüre von Ganßmanns Kritik das Buch noch einmal durchgesehen und wünschte mir, ich hätte bei der Terminologie besser aufgepasst und einiges, von dem ich damals nicht genug verstanden habe, weggelassen. Allerdings scheint Ganßmann sich mit seiner oft berechtigten Kritik an bestimmten Oberflächlichkeiten meiner Analyse leichter zu tun als damit, eine verbesserte oder gar alternative Deutung des von mir beschriebenen Krisenpfades vorzuschlagen. Das ist ein Problem, und nicht nur für ihn, da die nach meiner Zählung vierte Phase der Krisensequenz, mit freier Geldschöpfung durch die Zentralbanken, die zu Regierungen der letzten Instanz geworden sind, unter wohlwollender Tolerierung durch die eigentlichen Regierungen, nicht nur Außenstehenden ein Rätsel nach dem anderen aufgibt: Zinsen praktisch null, trotzdem kein Wachstum, und die Schulden der Staaten und Zentralbanken schießen nach oben, ebenso wie die Gini-Koeffizienten (Streeck 2014). Selbst für die Technokratie ist Geld wohl »ein ganz besonderer Saft«. Dass es sich bei ihm, wie Ganßmann (91) uns wissen lässt, um eine »soziale Konstruktion« handelt, ist ein wichtiger Hinweis, aber auf den kommt man als Soziologe ja ohnehin gerne. Und wie das mit Konstruktionen so ist, garantiert der Umstand, dass sie solche sind, nicht, dass sie sich nicht irgendwann als Fehlkonstruktionen herausstellen können, und ob das bevorsteht, weiß man meist mit Sicherheit nur nachträglich, wenn es eingetreten ist. Wenn man den Piloten des kapitalistischen Geldsystems in ihren Zentral- und Privatbanken bei ihrem Blindflug – sie sehen nichts im Nebel, und die Instrumente sind ausgefallen – zuschaut<sup>26</sup>, sollte man sich doch wundern dürfen, dass nicht schon wieder etwas passiert ist.

25 Ich habe in Heft 10/2011 von Psychologie heute unter dem Titel »Psychoterror: Die Märkte und die Staaten« versucht, die theoretische und politische Bedeutung dieses Umstands auseinanderzulegen (Streeck 2011f.).

26 Hochinteressant sind in diesem Zusammenhang die im Februar 2014 sukzessive (in der New York Times) erschienenen Zusammenfassungen der kürzlich freigegebenen Protokolle der Sitzungen der Leitungsgremien der amerikanischen Zentralbank während und nach der Lehmann-Krise. Siehe

Zu »Europa«, einem weiteren Thema, das in den Rezensionen eine Rolle spielt, kann ich mich kurz fassen, da ich mich zu den meisten mir vorgehaltenen Punkten bereits in meiner Replik auf Habermas (Streeck 2013b) ausführlich geäußert habe. Allerdings möchte ich nicht unterlassen zu erwähnen, dass Bach (51) das Kunststück fertigbringt, mir einerseits mangelnde »Vertrautheit mit der besonderen Architektur [...] des europäischen Verbandes« zu bescheinigen, um dann seitenweise eine Kritik an derselben zu üben, die sich ausnimmt wie eine getreue Paraphrase der meinen. Bemerkenswert finde ich auch, dass mir die Frage gestellt wird, warum mir das Verhängnisvolle des Anfang der 1990er-Jahre eingeschlagenen europäischen Integrationspfades eigentlich erst jetzt auffalle (Büttner); tatsächlich kann ich in Anspruch nehmen, einer der ersten gewesen zu sein, die den zunächst drohenden und dann vollzogenen Umbau der europäischen Institutionen in eine Liberalisierungsmaschine schon vor der Währungsunion<sup>27</sup> als solchen beschrieben zu haben (Streeck 1995, 1998; Streeck/Schmitter 1991).

Was Deutschmann und andere angeht, so bin ich es leid, immer von neuem wiederholen zu müssen, dass die Europäische Währungsunion nicht »Europa« ist, schon weil ihr waschechte europäische Länder wie Schweden, Dänemark und Großbritannien, von Norwegen und der Schweiz zu schweigen, nicht angehören und auch nicht (mehr) angehören wollen; dass es kleinen europäischen Ländern ohne Euro (also etwa den meisten der obengenannten) erheblich besser geht als zahlreichen kleinen europäischen Ländern mit Euro; dass wirtschaftliche Anpassung an internationalen Wettbewerbsdruck, wenn man sie denn wollen will oder muss, in der Vergangenheit immer nur dann gelungen ist, wenn die betreffenden Länder als flankierende Maßnahme ihre Währung abwerten konnten (Blyth 2013); dass der Euro Europa emotional spaltet statt es zusammenzuführen; dass die Währungsunion die in Europa historisch gewachsenen nationalen Unterschiede in Wirtschafts- und Lebensweisen und politisch-ökonomischen Konfliktverläufen und -institutionalisierungen sowohl leugnet als auch einzuebnen hofft – was uns alle wirtschaftlich und politisch teuer zu stehen kommen kann; dass ich die Verteidigung der verbliebenen demokratischen Mitentscheidungsrechte auf nationaler Ebene als Not- und Zwischenlösung ansehe (und als mehr nicht!), weil ich gute Gründe zu haben glaube, ihre Ersetzung durch europäische Demokratie gegenwärtig für unmöglich zu halten<sup>28</sup> usw. usf. Für mich ist immer noch überraschend, wie Soziologen es für Soziologie halten kön-

zum Beispiel »A New Light on Regulators in the Dark« von Gretchen Morgenson (2014), wo von einem »disturbing picture of a central bank that was in the dark about each looming disaster throughout 2008« die Rede ist. Ähnlich beunruhigend die tiefen gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten der »führenden Experten« über die mutmaßlichen Folgen und Nebenfolgen des quantitative easing.

27 Deren verheerende Wirkung ich dann allerdings lange ebenso unterschätzt habe wie die der »Finanzialisierung«.

28 Wenn man doch so gut wäre, im Buch auf den Seiten 241-246 sowie 254ff. noch einmal nachzulesen! Es geht wirklich ganz schnell, und hinterher kann man es sich sparen, seine Energie auf das Einrennen offener Türen zu verschwenden. Wer allerdings glaubt, im Mehreck zwischen den alten Seelenbrüdern Junker, Schulz und Rehn und den europäischen Regierungen jetzt doch noch schnell eine Demokratie auf europäischer Ebene aufbauen zu können, um derentwillen man auf die nationalen demokratischen Errungenschaften vertrauensvoll verzichten kann, der möge die Hand heben.

nen, einer nicht weiter ausgeführten »europäische[n] Idee« (Bach 51) so etwas wie Subjektcharakter zuzusprechen<sup>29</sup> und zuzusehen, wie »europäische Solidarität« von der Propaganda der Apparate für die gegenseitige Stützung von Staaten, Banken und Investoren auf Kosten der verbliebenen Bürger eines immer degressiveren Steuersystems in Anspruch und Beschlagnahme genommen wird.<sup>30</sup> Ich hatte gedacht, dass mein Versuch, den national-holistischen Bezugsrahmen zu verlassen, in dem heute über die Zukunft der Währungsunion diskutiert wird, und ihm gegenüber die unterschiedlichen politisch-ökonomischen Spaltungs- und Integrationslinien der beteiligten Länder zur Geltung zu bringen – mit ihren mannigfachen, komplexen Verwicklungen in Politik, Technokratie und Unternehmen auf europäischer Ebene (132-139!) – das Interesse gerade von Soziologen finden müsste. Aber das war in Zeiten des von Beck & Co. kultivierten Europafiebers und der von ihm ausgelösten innerstaatlichen Feinderklärungen<sup>31</sup> wohl zu viel verlangt.

Zum Schluss möchte ich noch auf das manchem offenbar wichtige Problem eingehen, wie jemand, der am Anfang der ersten Regierung Schröder einen praktischen Beitrag zur Stabilisierung des »deutschen Modells« zu leisten versucht hat, heute den Marsch in die liberalisierte Marktgesellschaft und den Konsolidierungsstaat theoretisch analysieren und politisch beklagen kann. Diese Frage ist nicht neu, und ist gelegentlich durchaus auch mit der Absicht gestellt worden, mir das Recht abzusprechen, ein Buch zu schreiben, an dem die Fragenden als solchem wenig auszusetzen hätten.<sup>32</sup> Auch hier hilft die historische Einordnung. Am Ende der Ära Kohl war der deutsche Sozialstaat in miserablen Zustand: die Arbeitslosigkeit war hoch und stabil, insbesondere unter den so genannten geringqualifizierten, und ihre Kosten sowie die der erstaunlich zahlreichen Frühverrentungen waren selber zu Ursachen der Beschäftigungskrise geworden (Eichhorst et al. 2001). Unter diesen Umständen war das dreiseitige, die organisierten Vertreter der Arbeitnehmer einbeziehende »Modell Deutschland« dabei, in der öffentlichen Diskussion rapide an Legitimität zu verlieren. Mitte der neunziger Jahre hatten deshalb die Gewerkschaften (!) ein »Bündnis für Arbeit« gefordert, das jedoch wegen des Widerstands der

29 Zumal doch jeder wissen kann, dass über das, was sie allenfalls beinhalten könnte, fundamentale Meinungsverschiedenheiten bestehen – vgl. das »Europa« Frankreichs und Dänemarks, oder das Hayek'sche Europa und das der »sozialen Dimension«.

30 Presseberichten zufolge beschloss die EU Anfang März 2014, als Ausdruck ihrer »Solidarität« mit der Ukraine 14 Mrd. Euro an deren Regierung zu überweisen. Das ist ungefähr der Betrag, den ein einziger der sogenannten »Oligarchen«, denen es gelungen ist, sich nun auch hinter die nach der Februar-Revolution eingesetzte Regierung zu stellen, seit den 1990er-Jahren aus dem Land herausgesaugt und in den »Westen« geschafft hat, zweifellos an NSA, CIA, BND und Konsorten vorbei. Dazu Bach (54): »Echte Solidarität ohne Opfer der reichen Länder ist nicht denkbar« – oder wäre da nicht doch zuerst an die griechischen Reeder und die Steuerflüchtlinge auch der armen Länder zu denken? Siehe *Gekaufte Zeit*: 134, 136f. und passim.

31 Etwa Ulrich Beck in Zusammenhang mit seinem Aufruf »Wählt Europa«, gesponsert von der Allianz-Stiftung: »In Europa tobt eine anti-europäische Revolution der rechten und linken Rechten« (<http://waehlt-europa.de/> Zuletzt aufgerufen am 17.03.2014).

32 Oder auch um, wie Kraemer (108), etwas Laienpsychologie zu treiben: »so klingt der jetzt herrschaftskritisch gewendete negative Finalismus wie das Bekenntnis einer intellektuellen Selbstläuterung«.

Arbeitgeber und der von Schäuble angeführten Liberalisierungsfronde in der CDU nicht zustande kam. Mit dem Wahlsieg von SPD und Grünen 1998 änderten sich dann die politischen Rahmenbedingungen, und ich erhielt die Möglichkeit, zusammen mit anderen dem Leitungsgremium des sofort nach der Regierungsbildung eingesetzten »Bündnisses« als Delegierter des Kanzleramts vor- und zuzuarbeiten. Ich hatte in Amerika gesehen, wie schnell die Gewerkschaften aus dem politischen Spiel liberalisiert werden konnten, und wollte das Meine dafür tun, dass dies nicht auch in Deutschland geschah (»varieties of capitalism«!, Verteidigung des »deutschen Modells«!). Tatsächlich gelang es meinen Mitstreitern und mir, ein paar einigermaßen vernünftige Ideen zu entwickeln, insbesondere zur Öffnung des Arbeitsmarkts durch eine veränderte Finanzierung der sozialen Sicherung bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und Heranführung der tatsächlichen an die gesetzliche Lebensarbeitszeit. All dies war spätestens im Jahr 2000 gescheitert; damit war meine Rolle beendet. In die Hartz-Kommission (2002) wurden wir nicht mehr berufen, und ich wäre ihr auch nicht beigetreten – mit Hartz, welcher römischen Zahl auch immer, und mit Bizarrerien wie der »Ich-AG« hatte ich nichts zu tun. Unter dem zweiten Kabinett Schröder kam dann die »Agenda 2010« (2003); deren Inhalt habe ich wie die allermeisten anderen den Medien entnommen.

Hinterher weiß man vieles besser. Spätestens mit Hartz und seinen VW-Managern in Führerstand war der Zug in die allgemeine Liberalisierungsrichtung abgefahren, und versucht zu haben, ihn anderswohin zu lenken, kann nachträglich durchaus als hoffärtig erscheinen. Warum unsere Vorschläge im Einzelnen scheiterten, ist mir, glaube ich, heute klar, die Materie ist aber zu kompliziert, um sie hier im Detail abzuhandeln, und ein wenig Detail müsste schon sein.<sup>33</sup> Es gab, wie immer, strategische Fehleinschätzungen, gerade auch bei den Gewerkschaften, die noch Ende 1999 die Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters bekämpfen wollten und denselben Mindestlohn, den sie heute endlich und zu Recht fordern, bekämpft haben wie der Teufel das Weihwasser. Als Folge waren sie bald selber draußen, und die »Reformen« fanden ohne sie statt. Aber wahrscheinlich wäre es am Ende sowieso auf dasselbe hinausgelaufen. Nicht nur wir, sondern die europäische Sozialdemokratie insgesamt, mit New Labour und Tony Giddens vorneweg, haben damals geglaubt, die schrittweise Wegliberalisierung des Sozialstaats zur Nachkriegszeit durch eine Art von Teilliberalisierung aufhalten zu können. Das war wohl ein Fehler, wenn auch damals vielleicht ein nicht leicht zu vermeidender. In dem oben erwähnten Buch, *Re-Forming Capitalism* (man beachte den Bindestrich!), habe ich dann versucht, meine Erlebnisse als Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformer einzuordnen, allerdings ohne dabei persönlich zu werden.

Wie gesagt, die Krise von 2008 taucht in dem Buch von 2009 noch nicht auf. Sie war für mich eine weitere augenöffnende Erfahrung, die nicht zuletzt zur Folge hatte, dass sich meine Vorstellungen von einer nicht hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibenden Soziologie weiterentwickelten:<sup>34</sup> dahingehend, dass man, wenn man sich für den So-

33 Einige Hinweise finden sich in Streeck 2003.

34 Siehe hierzu meinen Aufsatz zum »öffentlichen Auftrag der Soziologie« (2012b).

zialstaat interessiert,<sup>35</sup> sich auch für den Kapitalismus interessieren sollte, dem dieser abgewonnen werden muss und in dem er heute durchaus den Bach heruntergehen kann – wenn (noch) nicht in Deutschland, dann jedenfalls in Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Großbritannien, von den USA zu schweigen. Wenn sich aber herausstellt, dass all das, was den Demokratien der Nachkriegszeit lieb und teuer war, unter dem Vorbehalt des fortgesetzten Funktionierens eines global ausgewucherten Geld- und Finanzsystems steht, das niemand, nicht einmal seine bestellten Gouverneure, wirklich verstanden hat und in dem Scharen ruchlosester Hasardeure ein Spiel treiben, das für unzählige Unbeteiligte jederzeit Ernst werden kann – sollte das nicht ein Grund sein, sich das eine oder andere noch einmal neu zu überlegen? Hinter dem zugegebenermaßen manchmal etwas aufgeregten Ton meines Buches steht auch diese Frage – und der Wunsch, dass andere sie sich ebenfalls stellen mögen.

Verständlich oder nicht, seit dem »Bündnis für Arbeit« ist meine Forschung nicht mehr »policy-orientiert«, und ich habe das an anderer Stelle eingehend begründet (Streeck 2011c). Wie einige meiner Rezensenten darauf kommen konnten, es handle sich bei *Gekaufte Zeit* um so etwas wie Politikberatung, ist mir schleierhaft.<sup>36</sup> Auch mein »Lob der Abwertung« war nie (ausweislich 254f.) wirklich als praktischer Vorschlag gemeint. Zwar bin ich überzeugt, dass es für »Europa« – genauer: für die europäischen Völker und den Frieden zwischen ihnen – besser wäre, wenn die Währungsunion abgewickelt bzw. so modifiziert würde, dass die europäischen Staaten – mit ihren ganz unterschiedlichen Wirtschaftsweisen und politisch-ökonomischen Konfliktlinien – wieder mehr Kontrolle über ihre Geldpolitik hätten.<sup>37</sup> Aber daran, dass die Regierungen Europas kollektiv die Einsicht und den Mut haben könnten, das Richtige zu tun, glaube ich nicht. Es gibt in dem europäischen Staatensystem, so wie es sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten entwickelt hat, keine Kraft, die in ihm ein »Gemeinwohl« definieren und realisieren könnte. Die Folge wird sein, dass wir es in Europa über Jahrzehnte mit tiefen wirtschaftlichen Disparitäten und aus ihnen resultierenden, hochexplosiven zwischenstaatlichen Konflikten über Solidarität und Souveränität zu tun haben werden (Streeck 2013a). Insofern ist es überhaupt nicht falsch, meiner Analyse »Pessimismus« nachzusagen. Ich sehe hier nun einmal schwarz, auch weil ich, anders als offenbar manche meiner Kollegen, nicht glaube, dass wenn irgendein Soziologe »wir müssen« schreibt, »wir« das deshalb auch schon können – zumal das tatkräftige Subjekt, auf das ein solches »wir« verweist, in der Regel nicht mehr ist als ein durch den Sprachgebrauch erschlichesenes, das nichts anderes bewirken kann, als dass derjenige, der sich ihm zurechnet, sich wichtiger fühlt als er ist.

35 Und umso mehr, wenn einem dieser am Herzen liegt.

36 Siehe Ganßmann (100), der findet, ich sei »trotz der ausgebreiteten negativen Erfahrungen [...] von der Macht sozialwissenschaftlichen Denkens als politischer Eingriffsmöglichkeit überzeugt« und mir anschließend zu »mehr Bescheidenheit als sie sozialwissenschaftliche Politikberater üblicherweise an den Tag legen« rät.

37 Dass es nicht wenige Ökonomen gibt, auch in Deutschland, einschließlich des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister der Finanzen, die das für technisch machbar halten und sogar, aus welchen Gründen auch immer, befürworten, finde ich jedenfalls interessant.



Wenn *Gekaufte Zeit* nicht Politikberatung ist,<sup>38</sup> ist es dann »soziologische Aufklärung«? Kraemer sagt: auch das kann es nicht sein, weil es nicht so ausgewogen ist wie von Luhmann vorgeschrieben. Nun bin ich mit Luhmann darin einig, dass soziologische Analysen dann besonders aufklärend sind, wenn sie paradoxe, dilemmatische oder dialektische Handlungssituationen aufdecken, in denen ein gegebenes Problem nur um den Preis der Verursachung eines neuen Problems gelöst oder besser: suspendiert werden kann. Genau diese Denkfigur dominiert zumindest im ersten Teil meines Buches. Freilich bin ich mir nicht klar, ob Kraemer Luhmann nicht dahingehend missverstanden hat, dass »Aufklärung« nur dann eine solche sein kann, wenn alle möglichen Deutungen eines Gegenstands, egal was man von ihnen hält, so lange nebeneinandergestellt werden, bis dem Leser die Augen zufallen. »Aufklärung« dieser Art betreibe ich in der Tat nicht (und hat wohl auch Luhmann nicht betrieben, gerade wenn er Wahrheitsansprüche für alteuropäisch überholt erklärt hat). Wenn man erschrickt über das, was man sieht, soll man dann im Namen der Wissenschaft verpflichtet sein, dies in einem unverbindlichen einerseits-andererseits-Relativismus zu verbergen?<sup>39</sup> Da lobe ich mir dann doch die amerikanische Version von »soziologischer Aufklärung«, also jene *sociological imagination*, die es C. Wright Mills in seinem Buch über die *Power Elite* (1956) ermöglicht hat zu zeigen, wie das Amerika der 1950er- und 1960er-Jahre auf dem Weg war, die Postkartenwelt Norman Rockwells mit ihrer die *Our Little Town*-Idylle hinter sich zu lassen – und dass hinter dem Lächeln der *celebrities* sich durchaus dämonische Kräfte verbargen, deren demokratische Delegitimierung von einer Soziologie, die ihre aufklärerischen Ursprünge noch nicht vergessen hatte, auch um den Preis »wissenschaftlicher Ausgewogenheit« wenigstens versucht werden musste.<sup>40</sup> Vielleicht sollten sich heutige »theoretische Soziologen« dieses Modell soziologischer Praxis doch noch zumindest als eine Möglichkeit unter anderen offen halten?

38 Schon gar nicht »ordnungspolitischer« Art. Aus irgendeinem Grund glaubt Maurer (129) meinem Text entnehmen zu können, dass ich auf Seite 96 »eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, unabhängige Zentralbanken [...], eine von Experten beratene Wirtschaftspolitik [...], verfassungsmäßige Schuldenbremsen und eine von Wahlen weitgehend losgelöste Finanzpolitik«, also die Zentralinstitutionen eben jener neoliberalen Wirtschaftspolitik vorschlage, die ich für ein demokratisches Verhängnis halte und immer wieder als solches beschrieben habe.

39 Kraemer (108) schreibt: »Die eigene Wahrheit, die der eigenen Theoriebildung vorausgeht, kann dann [wenn es um »soziologische Aufklärung« geht; WS] nur mehr als das gesehen werden, was sie ist, nämlich: als eine Wahrheit, die ihre Plausibilität weniger durch empirische Beobachtungen erhält, sondern durch die »Logik« und Stringenz von Vorannahmen. Soziologische Aufklärung heißt auch, auf die Absolutheit der eigenen Wahrheit [??] und jedes sonstige [??] Wahrheitsmonopol [??] zu verzichten, damit die Geltung der eigenen Wahrheitsansprüche im Lichte anderer Wahrheiten [??; alle WS] kritisch geprüft werden kann.« Wenn das so gemeint ist, wie ich es wegen der ziemlich verquastenen Formulierung nur vermuten kann, dann sehe ich das in der Tat ganz anders. Es geht um Argument und Gegenargument. Wer »die Vehemenz des Krisenszenarios [...] soziologisch unbefriedigend« (Kraemer 108) findet, ist aufgefordert, die empirischen Sachverhalte zu benennen, die seiner oder ihrer Meinung nach in Widerspruch zu ihm stehen.

40 Oder war das auch wieder zu »zugespitzt« (Büttner 61)? Ich würde mich lieber, für Mills wie für mich selber, auf das von Büttner (62) dankenswerterweise in Erinnerung gebrachte Zitat von Barington Moore berufen.

## Literatur

- Alderman, Liz (2014): »France Tries to Tempt in More Foreign Investment«. In: New York Times, 18.02.2014, B1. [http://www.nytimes.com/2014/02/18/business/international/hollande-throws-open-frances-doors-to-business.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/02/18/business/international/hollande-throws-open-frances-doors-to-business.html?_r=0). Zuletzt aufgerufen am 17.03.2014.
- Bell, Daniel (1976): »The Public Household: On »Fiscal Sociology« and the Liberal Society«. In: Ders.: *The Cultural Contradictions of Capitalism*. New York: Basic Books, S. 220-282.
- Black, Jeremy (2009): *Europe since the Seventies*. London: Reaktion Books.
- Blyth, Mark (2013): *Austerity: The History of a Dangerous Idea*. Oxford: Oxford University Press.
- Cowie, Jefferson (2010): *Stayin' Alive: The 1970s and the Last Days of the Working Class*. New York: The New Press.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2008): *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Eichhorst, Werner/Profit, Stefan/Thode, Eric (2001): *Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung*. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Ferguson, Niall/Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel R. (Hg.) (2010): *The Shock of the Global: The 1970s in Perspective*. Cambridge, MA: Belknap.
- Glyn, Andrew (2006): *Capitalism Unleashed: Finance Globalization and Welfare*. Oxford: Oxford University Press.
- Habermas, Jürgen (2013): »Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58(5), S. 60-70.
- Hall, Peter A./Soskice, David (Hg.) (2001): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hayek, Friedrich A. (1978): *Denationalization of Money – The Argument Refined. An Analysis of the Theory and Practice of Concurrent Currencies*. Lancing, Sussex: The Institute of Economic Affairs.
- Hayek, Friedrich A. (1979): »Toward a Free Market Monetary System. A Lecture Delivered at the Gold and Monetary Conference, New Orleans, La., November 10, 1977«. In: *The Journal of Libertarian Studies: an Interdisciplinary Review* 3(1), S. 1-8.
- Jarausach, Konrad H. (Hg.) (2008): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Judt, Tony (2005): *Postwar: A History of Europe Since 1945*. London: Penguin.
- Judt, Tony (2009): »What Is Living and What is Dead in Social Democracy?« In: *The New York Review of Books* 56(20), S. 86-96.
- Jürgens, Kerstin (2010): »Deutschland in der Reproduktionskrise«. In: *Leviathan* 38(4), S. 559-587.
- Mills, C. Wright (1956): *The Power Elite*. Oxford et al.: Oxford University Press.
- Morgenson, Gretchen (2014): »A New Light on Regulators in the Dark«. In: *New York Times*, 23.02.2014, BU1. <http://www.nytimes.com/2014/02/23/business/a-new-light-on-regulators-in-the-dark.html>. Zuletzt aufgerufen am 17.03.2014.
- O'Connor, James (1973): *The Fiscal Crisis of the State*. New York: St. Martin's Press.
- Perrow, Charles (1984): *Normal Accidents: Living with High-Risk Technologies*. New York: Basic Books.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Raithel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas (Hg.) (2009): *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Rodgers, Daniel T. (2011): *Age of Fracture*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Schäfer, Armin/Streeck, Wolfgang (Hg.) (2013): *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge: Polity.
- Schimank, Uwe (2011): *Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie – Ein immer labilerer Mechanismus?* MPIfG Working Paper Nr. 11/2. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

- Schimank, Uwe (2012): »Kapitalistische Gesellschaft – eine differenzierungstheoretische Perspektive«. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): *Kapitalismustheorie und Arbeit – Neue Ansätze soziologischer Kritik*. Frankfurt am Main: Campus.
- Streeck, Wolfgang (1995): »From Market-Making to State-Building? Reflections on the Political Economy of European Social Policy«. In: Leibfried, Stephan/Pierson, Paul (Hg.): *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration*. Washington D.C.: The Brookings Institution, S. 389-431.
- Streeck, Wolfgang (1997): »German Capitalism: Does it Exist? Can it Survive?«. In: *New Political Economy* 2(2), S. 237-256.
- Streeck, Wolfgang (1998): »Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union«. In: *WSI-Mitteilungen* 51(1), S. 1-14.
- Streeck, Wolfgang (2003): *No Longer the Century of Corporatism: Das Ende des ›Bündnisses für Arbeit‹*. MPIfG Working Paper Nr. 03/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Streeck, Wolfgang (2009): *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang (2011a): »The Crises of Democratic Capitalism«. In: *New Left Review* 71(Sept./Oct. 2011), S. 5-29.
- Streeck, Wolfgang (2011b): »E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism«. In: Granovetter, Mark/Swedberg, Richard (Hg.): *The Sociology of Economic Life*. 3rd edition. Boulder, Colorado: Westview, S. 419-455.
- Streeck, Wolfgang (2011c): »Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik«. In: Kraul, Margret/Stoll, Peter-Tobias (Hg.): *Wissenschaftliche Politikberatung*. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 15-41.
- Streeck, Wolfgang (2011d): »Taking Capitalism Seriously: Towards an Institutional Approach to Contemporary Political Economy«. In: *Socio-Economic Review* 9(1), S. 137-167.
- Streeck, Wolfgang (2011e): »Volksheim oder Shopping Mall? Die Reproduktion der Gesellschaft im Dreieck von Markt, Sozialstruktur und Politik«. In: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 8(2), S. 43-64.
- Streeck, Wolfgang (2011f): »Psychoterror: Die Märkte und die Staaten«. In: *Psychologie heute* (Oktober 2011), S. 30-34.
- Streeck, Wolfgang (2012a): »Citizens as Customers: Considerations on the New Politics of Consumption«. In: *New Left Review* 76(July/August 2012), S. 27-47.
- Streeck, Wolfgang (2012b): »Der öffentliche Auftrag der Soziologie«. In: *Leviathan* 40(1), S. 129-147.
- Streeck, Wolfgang (2012c): »How to Study Contemporary Capitalism?«. In: *Archives Européennes de Sociologie* 53(1), S. 1-28.
- Streeck, Wolfgang (2013a): »Nach der Krise ist in der Krise: Aussichten auf die Innenpolitik des europäischen Binnenmarktstaats«. In: *Leviathan* 41(2), S. 1-20.
- Streeck, Wolfgang (2013b): »Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? Eine Replik auf Jürgen Habermas«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58(9), S. 75-92.
- Streeck, Wolfgang (2013c): »Will Expansion Work? On Mark Blyth, Austerity: The history of a dangerous idea«. In: *Comparative European Politics* 11(6), S. 722-728.
- Streeck, Wolfgang (2014): »Has Capitalism Seen Its Day?« Vortrag im Rahmen der Anglo-German Foundation Lecture. The British Academy, London. 23 January 2014. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C. (1991): »From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market«. In: *Politics and Society* 19(2), S. 133-164.
- Streeck, Wolfgang/Yamamura, Kozo (Hg.) (2001): *The Origins of Nonliberal Capitalism: Germany and Japan*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Strulik, Torsten (2012): »Die Gesellschaft der ›neuen Wirtschaftssoziologie‹. Eine Replik auf Jens Beckerts Artikel ›Wirtschaftssoziologie als Gesellschaftstheorie«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 41(1), S. 58-74.

Yamamura, Kozo/ Streeck, Wolfgang (Hg.) (2003): *The End of Diversity? Prospects for German and Japanese Capitalism*. Ithaca, NY: Cornell University Press.

*Anschrift:*

Wolfgang Streeck  
Theodor Heuss Professor 2013/14  
The New School for Social Research  
Political Science Department  
6 East 16th Street  
New York, NY 10003  
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Paulstrasse 3  
50676 Köln  
streeck@mpifg.de